

Die Deutschen verdrängen die Gefahr von BU, Pflege und Unfall



Die großen Vorsorgethemen werden immer noch häufig unterschätzt: die Berufsunfähigkeit, eine mögliche Pflegebedürftigkeit im Alter und die langfristigen Folgen eines Unfalls. Bei diesen Themen reichen die staatlichen Zahlungen im Leistungsfall oft nicht aus. Zudem erwarten die Deutschen häufig zu viel Geld vom Staat, wenn sie nicht mehr arbeiten können. Dies bestätigten auch zahlreiche Umfragen der Allianz.

Von Dr. Olaf Hottinger, Harry Jentson und Michael Girke, Experten für Berufsunfähigkeit, Pflege und Unfall der Allianz Lebensversicherungs-AG

Viele Bundesbürger verdrängen ihre schlechte Vorsorgesituation. Das ist menschlich nachvollziehbar, denn wer beschäftigt sich schon gerne mit den unangenehmen Vorstellungen, seine Arbeit nicht mehr ausüben oder seinen Alltag aus eigener Kraft nicht mehr bestreiten zu können – sei es aufgrund eines Unfalls oder als Folge einer Krankheit bzw. des Alters. Die unerfreuliche Konsequenz: mangelnde Vorsorge für den Ernstfall. Tritt dieser ein, bricht beispielsweise bei einer Berufsunfähigkeit das laufende Einkommen weg oder entstehen durch Pflegebedürftigkeit hohe Kosten, sind dies finanziell existenzielle Bedrohungen.

Bei der Berufsunfähigkeit hat der Gesetzgeber bereits im Jahr 2001 weitreichende Kürzungen der staatlichen Leistungen vorgenommen. So gilt für alle Jahrgänge ab 1961: Wer mehr als drei Stunden bzw. bis zu sechs Stunden täglich eine Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt ausüben kann, bekommt nur noch eine schmale staatliche Leistung. Derzeit zahlt der Staat durchschnittlich 750 Euro im Monat. Diese Leistung wird nach einer forsa-Umfrage der Allianz von Dezember 2009 als deutlich höher eingeschätzt. So glaubt rund ein Drittel der Befragten, dass sie 40% des letzten Bruttoeinkommens von der Deutschen Rentenversicherung im Falle einer Erwerbsminderung erhalten. Voll Erwerbsunfähige – diejenigen, die weniger als drei Stunden am Tag arbeiten können und nach 1961 geboren sind – bekommen aber gerade mal 29% des letzten Bruttogehalts. Arbeitnehmer, die noch mehr als sechs Stunden pro Tag arbeiten

können, bekommen gar nichts. Beruf, Ausbildung und letzte Tätigkeit spielen dabei keine Rolle. Wer eine gesetzliche Erwerbsminderungsrente zwischenzeitlich beantragt, kann auf jede Tätigkeit des allgemeinen Arbeitsmarkts verwiesen werden. So kann es sein, dass ein ehemaliger leitender Angestellter als Kassierer im Discounter arbeiten muss.

Das Risiko, berufsunfähig zu werden, ist größer als viele denken: So erhielt jeder Fünfte des letzten Rentenjahrgangs im vergangenen Jahr nach Angaben der deutschen Rentenversicherung eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Die Gründe für eine Erwerbsunfähigkeit haben sich im Laufe der Zeit geändert. Wurden Anfang der 90er Jahre in den alten Bundesländern über 30% aufgrund von Rücken- und Skelettstörungen erwerbsunfähig, so waren nach Angaben des Branchendienstes map-report 2006 psychische Erkrankungen die häufigste Ursache von Berufsunfähigkeit, gefolgt von Krebsleiden (11%) und Herzkrankungen (11%). Auch wenn die Wahrscheinlichkeit bei Maurern und Fliesenlegern höher ist als bei Büroangestellten: Berufsunfähigkeit kann jeden treffen. Und ohne Berufsunfähigkeitsversicherung steht man ganz schnell vor dem finanziellen Aus und dem sozialen Abstieg.

Vorsorgelücke heute bereits sichtbar

Die Auswirkungen dieser mangelnden Absicherung sind schon heute sichtbar. Der aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung zeigt deutlich: Die Anzahl derjenigen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, da sie ihren Beruf nicht mehr ausüben können, ist signifikant hoch. So gehören Alleinerziehende und Arbeitnehmer ohne entsprechende Berufsunfähigkeitsabsicherung mit zu den am meisten von Armut Bedrohten. Nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) hatten nur rund 17 der 40 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland eine private Berufsunfähigkeitsversicherung. Das heißt weniger als die Hälfte sorgen entsprechend vor.

Neben der Berufsunfähigkeit und den Folgen schwerer Krankheiten, unterschätzen die Deutschen nach wie vor die finanziellen Auswirkungen eines Unfalls. Die forsa-Umfrage macht deutlich: 34% der Befragten glauben, dass sie nach einem Unfall auf alle Fälle eine Kapitalzahlung von der Gesetzlichen Unfallversicherung erhalten. Diese zahlt jedoch nur bei Unfällen auf dem Weg zur Arbeit oder in der Arbeit. Die meisten Missgeschicke passieren aber zu Hause und in der Freizeit. Diese Lücke schließt die private Unfallversicherung.

Auch bei der Pflege gilt, dass das Thema zwar in Politik und Medien diskutiert wird, aber in den Köpfen der Deutschen noch keine allzu große Rolle zu spielen scheint. Das bestätigt eine Untersuchung der Allianz Privaten Krankenversicherung aus dem Jahr 2007 zur

Pflegesituation in Deutschland: Im Durchschnitt legt weniger als die Hälfte der Bevölkerung (43,1%) finanzielle Reserven für den Pflegefall an. In einer weiteren Untersuchung der COMPASS Private Pflegeberatung aus dem Jahr 2010 sagen zwar bereits 67%, dass sie zur Absicherung einer möglichen Pflegebedürftigkeit zusätzlich Geld zahlen würden, jedoch ist der finanzielle Rahmen sehr begrenzt. So würden 27% der über 6.200 befragten privaten Pflegeversicherungsnehmer über 40 Jahre monatlich bis zu 50 Euro und weitere 23% bis zu 20 Euro investieren.

Die Zahlen zeigen deutlich: Zu viele Menschen verlassen sich bisher auf die gesetzliche Pflegeversicherung. Und das, obwohl die gesetzliche Pflegeversicherung von Anfang an nur als Zuschuss zu den Pflegekosten gedacht war. Auch die Pflegebedürftigen sollten und sollen einen Anteil der Kosten selbst tragen.

Die Höhe dieser Eigenbeteiligung ist dabei oft nicht unerheblich: So kostet die professionelle Versorgung eines Schwerstbedürftigen (Pflegestufe III) nach Schätzungen der Stiftung Warentest ungefähr 3.360 Euro im Monat. Die Pflichtversicherung kommt hier für 1.510 Euro auf, den Rest muss der Pflegebedürftige selbst bezahlen und die sogenannte Pflegelücke mit eigenen Mitteln – ob aus seiner Rente oder aus seinen Ersparnissen – schließen.

Für die Zukunft ist es absehbar, dass die Pflegelücke größer wird – denn die Ausgaben für Pflege steigen an: Zum einen durch die erhöhten Qualitätsanforderungen an die Pflege, die teurere und komplexere Behandlungsmethoden mit sich bringen. Zum anderen wächst die Zahl der Pflegebedürftigen, da die Menschen immer älter werden, mit dem Alter aber auch das Pflegerisiko steigt. Schon heute beziehen mehr als zwei Millionen Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Im Jahr 2030 werden es mindestens doppelt so viele sein – bei wesentlich weniger Einzählern als heute. Mehr Leistungen aus der Pflegeversicherung sind aufgrund dieser Tatsachen nicht zu erwarten. Eher wird der Betrag, den die Betroffenen und ihre Angehörigen aus eigener Tasche zahlen müssen, größer werden.

Private Vorsorge notwendig

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es notwendig, dass jeder Einzelne mehr für die Sicherung der eigenen Pflege, den Fall der Berufsunfähigkeit oder einen unerwarteten Unfall macht. Es ist wichtiger denn je, sich im Klaren zu sein, dass würdevolle Pflege ihren Preis hat, eine unabgesicherte Berufsunfähigkeit oder ein Unfall den sozialen Abstieg bedeuten können. Für alle drei Risiken muss zu großen Teilen selbst vorgesorgt werden. Denn nur durch die entsprechende private Vorsorge kann die Lücke zwischen der gesetzlichen Absicherung und den tatsächlichen Kosten geschlossen werden. ■